

Abrahamson, G.

Article — Digitized Version

Britische Handelspolitik im Dollarschatten

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Abrahamson, G. (1949) : Britische Handelspolitik im Dollarschatten, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 29, Iss. 1, pp. 43-45

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/130855>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Strukturell hat sich die Einfuhr insofern verschoben, als Futtermittel (Heu, Stroh, Ölkuchen), Malzkeime, Holz, Erze und Metalle in weitaus größerem Umfang als in der Vorkriegszeit aus Jugoslawien hereingenommen wurden. 1948 betrug die Einfuhr von Futtermitteln und Holz 16,5 Mill. Fr., das sind 49 % der Gesamteinfuhr, 1947 12,1 Mill. Fr., das einem Anteil von 52 % entspricht, während in der Vorkriegszeit die Einfuhr von Futtermitteln nur 1,8 Mill. Fr. jährlich ausmachte, das waren 16 % der Gesamteinfuhr.

Die Einfuhr an Lebensmitteln steigerte sich nur unwesentlich und nahm anteilmäßig sogar erheblich ab. 1938 wurden Lebensmittel im Werte von 8,4 Mill. Fr. eingeführt, das sind 76 % der Gesamteinfuhr, 1947 betrug der Anteil nur 15 % (3,6 Mill. Fr.) und 1948 wieder ansteigend 31 % (10,6 Mill. Fr.). Es wurden in erster Linie Schweine und Obst eingeführt. Die Einfuhr von Erzen und Chemikalien stieg von 0,7 Mill. Fr. oder 6 % im Jahre 1938 auf 5,2 Mill. Fr. oder 23 % im Jahre 1947 und auf 5,7 Mill. Fr. oder 17 % im Jahre 1948.

Bulgarien

Der Handel mit Bulgarien ist wertmäßig auf der gleichen Höhe geblieben wie in der Vorkriegszeit. 1938 wurden Waren im Werte von 5,3 Mill. Fr. eingeführt, 1947 4,5 Mill. Fr. und 1948 5,3 Mill. Fr. Mengenmäßig ist die Einfuhr beträchtlich zurückgegangen.

Aus Bulgarien wurden und werden nur landwirtschaftliche Erzeugnisse eingeführt. Im Jahre 1938 nahmen die Eier mit 3,7 Mill. Fr. 73 % der gesamten Einfuhr ein. Auch 1948 machte die Eiereinfuhr mit 2,3 Mill. Fr. den größten Posten aus, betrug aber nur 43 % des Gesamtimports. Die Einfuhr von Rohtabak stieg in der Nachkriegszeit beträchtlich. 1938 wurde Rohtabak im Werte von 0,5 Mill. Fr. eingeführt, 1948 hingegen für 1,8 Mill. Fr. Der größte Teil der Zunahme ist jedoch auf die Preissteigerung zurückzuführen. Im übrigen wurden Tafeltrauben, Reis, Ölkuchen und ätherische Öle in kleinen Mengen eingeführt. Der Außenhandel mit Bulgarien hat sich wertmäßig und strukturell kaum geändert, ist aber mengenmäßig bedeutend zurückgegangen.

Rumänien

Der Außenhandel Rumäniens mit der Schweiz ist nicht nur mengenmäßig, sondern auch wertmäßig gegenüber der Vorkriegszeit stark geschrumpft. Während 1938 Waren im Werte von 25 Mill. Fr. aus Rumänien in die Schweiz eingeführt wurden, waren es 1947 noch 4,3 Mill. Fr. und 1948 6,2 Mill. Fr.

Auch strukturell hat sich die Einfuhr bedeutend verändert. 1938 entfiel über die Hälfte der Einfuhr auf Benzin, Erdöl und Erdölprodukte. 1948 hingegen wurde nur eine unbedeutende Menge an Paraffinen und Zeresinen eingeführt.

Der zweite große Posten im Werte von 10,4 Mill. Fr. war die Einfuhr von Lebensmitteln. Auch diese Einfuhr ist bedeutend zurückgegangen. Sie macht noch 1,6 Mill. Fr., das sind ca. 30 % der Gesamteinfuhr, aus. Die übrigen kleineren Beträge entfallen auf Ölkuchen, Blei und Holz.

Sowjetunion

Der Handelsverkehr mit der Sowjetunion, der im Jahre 1938 bei der Einfuhr 29 Mill. Fr. betrug, entwickelte sich in der Nachkriegszeit nur sehr langsam. 1945 konnten erst Waren im Werte von 0,9 Mill. Fr. eingeführt werden, 1947 8,6 Mill. Fr. und 1948 21,3 Mill. Fr. Die Ausfuhr der Schweiz in die Sowjetunion entwickelte sich noch langsamer und wies 1947 erst 4,9 Mill. Fr. auf. Erst im Jahre 1948 stieg sie auf 32,9 Mill. Fr. und lag damit dreimal so hoch wie die Vorkriegsausfuhr im Jahre 1938.

1938 wurden für 24,3 Mill. Fr. Lebensmittel in die Schweiz eingeführt. Das waren 84 % der Gesamteinfuhr aus der Sowjetunion. Auch 1948 machte die Einfuhr von Lebensmitteln den größten Posten mit 13,6 Mill. Fr. oder 64 % aus. Eine weitere große Gruppe bildete 1948 die Einfuhr der Häute und Felle, die mit 4,9 Mill. Fr. 23 % der Einfuhr ausmachten. Im übrigen wurden Tierhaare, Teppiche und Chemikalien in kleineren Mengen eingeführt. Die Steinkohleneinfuhr aus der Vorkriegszeit hingegen fiel vollkommen aus.

Gesamtrendenz

Der Handel der Schweiz mit den ost- und südosteuropäischen Ländern hat nach diesem Kriege einen Aufschwung genommen, an dem vor allem die Tschechoslowakei, Polen und Jugoslawien beteiligt sind. Ungarn und Bulgarien weisen zwar eine geringe wertmäßige Erhöhung auf, die aber durch die Preissteigerungen mehr als ausgeglichen wurde. Die Einfuhren der Sowjetunion und Rumäniens in die Schweiz sind nicht nur mengenmäßig, sondern auch wertmäßig zurückgegangen. Die Einfuhr aus Rumänien weist im Jahre 1948 nur mehr ein Viertel ihres Wertes vom Jahre 1938 auf.

Die Handelsverträge der Schweiz mit den Ländern Ost- und Südosteuropas sehen aber einen Warenaustausch in einem größeren Umfang vor. Es ist möglich, daß vor allem mit der Sowjetunion, mit Jugoslawien und Ungarn auf Grund der vertraglichen Vereinbarungen eine erneute Belebung des Außenhandels eintreten wird.

Britische Handelspolitik im Dollarschatten

Dr. G. Abrahamson, London

Der „Wirtschaftsüberblick für 1949“, den Schatzkanzler Sir Stafford Cripps Mitte März dem Parlament vorlegte, zeigte mit aller Deutlichkeit, wie sich im letzten Jahr Großbritanniens Außenhandelsproblem zu einem Dollarproblem verdichtet hat.

KAMPF GEGEN DEN DOLLARABFLUSS
Während die britische Zahlungsbilanz als ganzes ihr Gleichgewicht verblüffend schnell zurückgewonnen hat, wird das Dollardefizit nur mit ERP-Hilfe in Schach gehalten. Für das erste Halbjahr 1949 er-

wartet man einen Zahlungsüberschuß „auf laufendem Konto“ von 130 Mill. £ gegenüber dem Sterling-Bereich und von 35 Mill. £ gegenüber OEEC-Mitgliedern, aber der Handel mit Nord- und Südamerika wird wahrscheinlich ein Defizit von 115 Mill. £ ergeben, und mit andern Ländern, vor allem im Mittleren Osten, wird ein solches von 65 Mill. £ erwartet. Das gesamte Gold- und Dollardefizit „auf Kapitalkonto“ wird für dieses Halbjahr auf 130 Mill. £ veranschlagt, entspricht also fast genau dem erwarteten ERP-Zuschuß. Das ist kein Zufall, denn oberstes Gesetz der britischen Wirtschaftspolitik bleibt der Grundsatz, daß weitere Gold- und Dollarverluste unter allen Umständen zu vermeiden sind.

Außenhandel und „unsichtbare“ Posten sollen nicht nur im ganzen ihr Gleichgewicht bewahren, sondern die Dollar-Zahlungsbilanz im besonderen muß ebenfalls in den nächsten drei Jahren soweit verbessert werden, daß auch nach Ende der ERP-Hilfe ein Abfluß von Gold unterbleibt. Auf dieses Kernproblem konzentriert sich die britische Handelspolitik immer mehr, sowohl gegenüber den eigentlichen Dollarländern in der westlichen Erdhälfte als auch in andern Erdteilen; denn alle Erfahrung lehrt, daß das Dollarproblem nicht auf bilateraler Basis mit den Dollarländern selbst zu lösen ist, sondern alle Handelsbeziehungen überschattet. In einer Welt, in der Mangel an Dollars der sichtbare Ausdruck des Warenhunglers eines kriegserschöpften Erdteils ist, muß England, das kommerziell stets zwischen Europa und der Überseewelt stand, seinen gesamten Handel in ein tragbares Verhältnis zum Dollarbereich setzen, wenn nicht direkt durch Senkung von Dollareinfuhr und Steigerung von Dollarausfuhr, so indirekt durch Pflege wirtschaftlicher Beziehungen mit Ländern, die über einen Dollarüberschuß, Dollarkredit oder über Dollar sparende Waren verfügen.

WEGE ZUR VERBESSERUNG DES DOLLARKONTOS

Wege indirekter Verbesserung seines Dollarkontos eröffnen sich für Großbritannien vor allem in Europa, mit dem es durch die OEEC verbunden ist, und im Commonwealth, dessen Dollarreserven von London verwaltet werden. Dadurch, daß die britische Wirtschaft den Ländern Westeuropas gestattet, über das innereuropäische Zahlungssystem Sterlingspitzen in Anspruch zu nehmen, die durch ERP-Dollars ausgeglichen werden, finanziert England einen Teil des kontinentalen Zahlungsdefizits, profitiert aber gleichzeitig von den Dollarkrediten Westeuropas. Ohne die letzteren würde ein Teil des Europageschäfts für Großbritannien in das Kapitel der „unlohnenden“, d. h. valutarisch unergiebigem Ausfuhr gehören. Andererseits macht sich Großbritannien den Dollarüberschuß seiner afrikanischen und südasiatischen Kolonien zunutze, indem es seine Käufe von Dollarwaren teilweise aus diesem Dollareinkommen finanziert; Dominien und Kolonien zahlen mit ihren Rohstoffen für Dollarkäufe des Mutterlandes, das seine Schuld ihnen gegenüber hauptsächlich durch Fertigwarenlieferungen und Transportleistungen abträgt.

Es ist das Ziel der britischen Wirtschaftspolitik, den direkten Export in die Dollarwelt so weit wie nur irgend möglich zu vergrößern und auch die beiden Kreisläufe über den europäischen Kontinent und über die überseeischen Sterlingländer weitestgehend auszudehnen. Was den direkten Handelsverkehr mit Nordamerika anbetrifft, so sind einer Steigerung der britischen Ausfuhr, wie sich in letzter Zeit immer deutlicher zeigt, nur allzu enge Grenzen gezogen. Wichtige Dollar verdienende Ausfuhrindustrien leiden unter Arbeitermangel, die Nachfrage nach manchen britischen Exportwaren ist im Abflauen begriffen, und da das Dollarproblem weltweit ist, ziehen die Dollarmärkte natürlich die schärfste Konkurrenz auf sich. Trotzdem bleibt die Steigerung der britischen Ausfuhr nach Nordamerika das wichtigste Exportziel. Ohne sie kann nach Ansicht der Regierung das Dollarproblem nicht gelöst werden; aber man muß hinzufügen, daß durch sie allein das Dollarproblem auch nicht zu lösen ist. Für das laufende Jahr hofft die britische Industrie auf eine Zunahme des nordamerikanischen Geschäfts um höchstens 15%. Wollte man das Dollardefizit aber allein durch verstärkte Ausfuhr nach Dollarländern beseitigen, so müßte der Export nach Nord- und Südamerika um 75% steigen. Das ist praktisch unmöglich, obwohl die Absatzaussichten für britische Waren in Nordamerika zugegebenermaßen jetzt günstiger sind als je zuvor.

In den letzten Jahren ergaben sich gewisse Dollarsparnisse aus der Einfuhr von normalerweise in Dollarwährung zahlbaren Waren aus andern als Dollarländern im Austausch gegen begehrte britische Exportgüter. Bilaterale Abmachungen haben sich in dieser Hinsicht bewährt, werden aber britischerseits nur als Notbehelf betrachtet. Sie wurden eingeführt, um Gold- und Dollarzahlungen zwischen den betreffenden Ländern überflüssig zu machen (ergaben sich zum Teil auch zwangsläufig aus Stillhalteabkommen) und müssen, solange diese unmöglich sind, dort beibehalten werden, wo es keine besseren Ausgleichsmethoden gibt. Im Handel mit Osteuropa und andern Gebieten, die sich nicht in das Dollar- oder Sterling-System einbeziehen lassen, sowie mit Ländern, die — wie z. B. Argentinien — es erfahrungsgemäß schwer finden, Ein- und Ausfuhr im Gleichgewicht zu halten, werden bilaterale Abmachungen auch weiterhin ihren notwendigen Platz finden. Im allgemeinen ist es aber das Ziel der britischen Handelspolitik, solche eine Handelsausweitung erschwerenden Abkommen nur zur Vorbereitung und Einleitung freier Handelsbeziehungen zu benutzen. So ist auch vom britischen Standpunkt aus der Zweck der Übereinkunft mit den drei Westzonen für das erste Halbjahr 1949 und des geplanten Abkommens mit Westdeutschland für 1949/50 zu verstehen. Eine Verallgemeinerung des bilateralen Systems verbietet sich schon deshalb für Großbritannien, weil es seiner Natur nach auf gleichen Leistungen beider Partner beruht und oft auch Freigabe blockierter Sterlingbeträge erfordert, während England einen Überschuß braucht, um das nordamerikanische Handelsdefizit auszugleichen.

DOLLARSPARENDE INVESTITIONEN

Von der Ausweitung des Handels mit Dominien, Kolonien und andern Sterlingländern erhofft man eine bedeutende Dollarersparnis auf lange Sicht. Der Sterling-Bereich (ausschließlich Großbritannien) hat zwar noch ein kleines direktes Dollardefizit und bedarf eines weiteren Gold- oder Dollarzuschusses seitens Englands zur Deckung seiner Verbindlichkeiten gegenüber andern als Dollarländern, bietet aber zum Teil sehr viel größere Möglichkeiten für Dollar sparende Investitionen als die britische Industrie selbst. Produktionsförderung in Sterlingländern, vor allem in den britischen Kolonien, zwecks Erzeugung größerer Ausfuhrüberschüsse ist daher ebenso ein Ziel der englischen Exportpolitik wie die Erhöhung der britischen Ausfuhr von direkt mit Dollarwaren konkurrierenden Gütern, wie Textilien und Kraftwagen, nach britischen Überseemärkten, deren Bedarf an Dollargütern sie zu senken helfen. Obwohl die Regierung stets direkte Ausfuhr nach Nordamerika als primäre Notwendigkeit bezeichnet, mißt sie tatsächlich diesen beiden Methoden der Dollarbilanzbereinigung fast die gleiche Bedeutung bei. Sie rechnet dabei auch mit der Unterstützung der Commonwealth-Regierungen und der Tatsache, daß britische Industrielle auch heute noch das Ausfuhrgeschäft mit Dominien und Kolonien vorziehen, weil es weniger raschen Mode- und Bedarfschwankungen unterliegt als der nordamerikanische Markt. Die Erschließung neuer und Erweiterung bestehender Produktionsquellen in Sterlingländern zwecks Senkung der Dollareinfuhr ist natürlich ein Unternehmen auf lange Sicht, das bedeutende finanzielle Investitionen verlangt, bevor sich die erhoffte Dollarersparnis einstellt. Ein großer Teil der Kapitalinvestitionen im Ausland, die für das erste Halbjahr 1949 auf 180 Mill. £ netto geschätzt werden, steht mit der Erschließung neuer Produktionsquellen in den Sterling-Dominien und Kolonien in Zusammenhang. Mit Ländern außerhalb des Dollar- und Sterling-Bereichs, die nicht der OEEC angehören, hat sich die britische Handelspolitik bisher auf mehr oder weniger prekäre, oft kurzfristige Abmachungen verlassen müssen, die im ganzen Englands Dollarproblem eher verschärften. Manche dieser Länder sind Lieferanten wertvoller Rohstoffe, wie Erdöl,

und können deshalb nicht aus der britischen Einfuhr ausgeschaltet werden, oder sie verfügen über blockierte Sterlingguthaben aus der Kriegszeit, die allmählich getilgt werden müssen. Andere wünschen große Lieferungen von Kapitalgütern, benötigen aber langfristige Kredite, die über Englands jetzige Finanzkapazität hinausgehen. In Zukunft wird alles unternommen werden, um auch in diesem Feld einem Gleichgewicht näherzukommen, doch hofft man kaum, hier auf die Dauer um Gold- und Dollarverluste herumzukommen. Die unausgeglichenen Wirtschaftsbeziehungen mit diesen Ländern sind zum großen Teil daran schuld, daß Großbritannien bisher so wenig Vorteil von seinem Zahlungsüberschuß mit andern als Dollarländern gezogen hat.

ZWANG ZUR IMPROVISATION

Warenbewirtschaftung und Quotenbeschränkungen haben sich als soviel wirksamere Mittel der Einfuhrkontrolle erwiesen als die Vorzugszölle der Vorkriegszeit, daß eine Rückkehr zu den letzten auch dann in England wenig Unterstützung finden würde, wenn sie nicht im Widerspruch zu den unter amerikanischen Führung getroffenen Vereinbarungen zur Sicherung der Handelsfreiheit stünden. Andererseits fühlt man in England, daß das System der Empire preferences, auf dem vor dem Krieg der britische Handel und schließlich das ganze Sterling-System ruhte, durch etwas anderes abgelöst werden muß, wenn Englands Zahlungsbilanz von der Notwendigkeit kleinlicher Überwachung befreit und von Dollarzuschüssen unabhängig gemacht werden soll. Enge Zusammenarbeit mit Kontinentaleuropa mag das Problem erleichtern, aber eine dauernde Lösung kann erst dann erfolgen, wenn die relativen Kosten und Preise verschiedener Wirtschaftsgebiete stabilisiert, das Preisgefälle zwischen importierten Agrar- und Rohstoffpreisen einerseits und den Erlösen für Fertigwarenxporte andererseits normalisiert und die Absatzmöglichkeiten auf den ausländischen Märkten voll entwickelt sind. Bis dahin befindet sich die britische Handelspolitik notwendigerweise in einem labilen Zwischenstadium kurzfristig wechselnder Entscheidungen. In den nächsten Jahren wird sich daran kaum viel ändern. Die Dollarknappheit bleibt das Kriterium aller handels- und zahlungspolitischen Maßnahmen.

Chinas Emanzipation von der westlichen Welt

Dr. Max Biehl, Albulach

Was die Wertung der britisch-europäischen, amerikanischen und russischen Behandlung des Chinaproblems betrifft, so wird auf die Ausführungen von Owen Lattimore (Solution in Asia, Boston 1947), einem der tiefsten Kenner Chinas, der keinen geringen Einfluß auf die Washingtoner Meinungsbildung haben dürfte, hingewiesen.

Vor den letzten großen Kriegen war man es in der „westlichen“, der atlantischen Welt gewohnt, Asien nur als eine Serie zusammenhängender Hinterländer zu kolonialen oder halbkolonialen

Häfen zu betrachten. Um die Selbstachtung wiederzuerlangen, schien es für Asiaten nur den einen Weg zu geben: sich in das fremde Element einer privatkapitalistischen Verhaltensweise zu stürzen und darin das Schwimmen zu lernen. Heute kann niemand umhin, in den großen asiatischen Ländern eigene Wesenheiten mit dem Gewicht von Kontinenten zu sehen. Und um sich in der modernen Zeit zu behaupten, hat Asien zumindest die Wahl zwischen zwei Vorstellungswelten, der privatkapitalistischen und der sowjetisch-marxistischen Welt, Wer auf Grund westlicher Maßstäbe glaubt, die